SATZUNG DER GEMEINDE BENTWISCH

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 10 FÜR DAS WOHNGEBIET HARMSTORF

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141), ber. 16.01.1998 (BGBI. I S. 137), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V 1998 S. 468), ber. 15.06.1998 (GVOBI. M-V 1998 S. 612), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 06. 07. 2000 und mit Genehmigung des Landrates des Landkreises Bad Doberan, folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 10 für das Wohngebiet Harmstorf, südlich der Straße zwischen Bentwisch und Albertsdorf und nördlich des Grabens 27/2 (Hühnerbeck), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:



PLANZEICHENERKLÄRUNG

-BauNVO-) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S. 132) geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -PlanzV 90-) vom 18. Dezember 1990 (BGBI, 1991 I S. 58).

> Planzeichen I. FESTSETZUNGEN

Rechtsgrundlage

MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches -BauGB-) (§ 4 BauNVO) Allgemeine Wohngebiete

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ Grundflächenzahl Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Firsthöhe als Höchstmaß über Straßenverkehrsfläche

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig Baugrenze

BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN (§ 9 Abs.1 Nr. 6 BauGB) 2 Wo höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

VERKEHRSFLÄCHEN

Straßenverkehrsflächen

GRÜNFLÄCHEN Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

öffentliche Grünflächer

Straßenbegrenzungslinie

private Grünflächen

Zweckbestimmung

naturbelassene Grünfläche

WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT. DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES



Wasserflächen

ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Anpflanzen von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b BauGB)

(§ 9 Abs. 6 BauGB)

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

II. SONSTIGE FESTSETZUNGEN

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Umgrenzung der Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

III. GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

(§ 9 Abs. 4 BauGB, § 86 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V)

SD, KWD Satteldach, Krüppelwalmdach 35 - 49° zulässige Dachneigung

IV. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

Schutzobjekte im Sinne des Naturschutzrechtes hier: gesetzlich geschütztes Biotop (§ 20 Abs. 1 Nr. 2 LNatG M-V)

V. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

vorhandene Höhe nach lokalem Höhensystem

Nummer des Baugebietes vorhandene Flurstücksgrenze

----- in Aussicht genommene Flurstücksgrenze Flurstücksbezeichnung

vorhandene hochbauliche Anlage + 10,0 → Bemaßung

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

oberirdisch

→ × ◆ oberirdisch (fortfallend)

TEIL B: TEXT

Art und Maß der baulichen Nutzung

In den allgemeinen Wohngebieten (WA) sind von den nach § 4 Abs. 2 BauNVO zulässigen Arten von Nutzungen nur zulässig: Wohngebäude

- die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 1 Abs. 5 BauNVO).

Die nach § 4 Abs. 3 BauNVO vorgesehenen Ausnahmen: Anlagen für Verwaltungen Gartenbaubetriebe

werden nicht Bestandteil des Bebauungsplans (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO).

Von der Bebauung freizuhaltende Flächen (Sichtdreiecke) (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Sichtdreiecke sind von jeder sichtbehindernden Nutzung, Bepflanzung, Einfriedung oder Aufschüttung ab einer Höhe von 0,70 m über der angrenzenden Verkehrsfläche, mit Ausnahme von Bäumen mit einem Kronenansatz oberhalb von 2.50 m. freizuhalten.

Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Innerhalb des Baugebietes WA 2 sind mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Versorgungsbetriebe sowie der anliegenden Grundstückseigentümer zu belastende Flächen festgesetzt. Das Leitungsrecht umfaßt die Befugnis der anliegenden Grundstückseigentümer sowie der Versorgungsbetriebe unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen herzustellen und zu unterhalten. Nutzungen, welche die Herstellung und Unterhaltung beeinträchtigen können, sind unzulässig.

Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Auf den in der Planzeichnung festgesetzten Standorten für das Anpflanzen von Bäumen sind klein- bis mittelgroßkronige Laubbäume fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Abweichungen von bis zu 3 m zum festgesetzten Standort sind zulässig. Für die Bepflanzung werden folgende Arten festgesetzt: Winter-Linde (Tilia cordata), Schwedische Mehlbeere (Sorbus intermedia), Rot-Dorn (Crataegus laevigata ,Paul's Scarlet'), Vogelkirsche (Prunus

Als Mindestqualität für kleinkronige werden 3 mal verpflanzte Hochstämme mit einem Stammumfang von 14-16 cm, gemessen in 1 m Höhe, für mittelgroßkronige mit einem Stammumfang von 16-18 cm festgesetzt. Je Baum ist eine offene Bodenflächen von mindestens 4 m² mit Landschaftsrasen anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

Auf den Flächen zum Anpflanzen von Bäumenund Sträuchern ist eine Hecke mit einer Breite von 3 m mit heimischen standortgerechten Sträuchern fachgerecht anzupflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Pflanzdichte: 1 Stück je 1 m²; Qualität: Str 2xv 60-100

Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Die zu erhaltenden Bäume sind wie folgt zu schützen:

mechanische Schäden im Kronen-, Stamm- und Wurzelbereich sind abzuwenden Bodenauf- und abträge sind unzulässig unumgängliche unterirdische Trassenführungen von Versorgungsleitungen sind bis
2 m vom Stamm entfernt möglich, wenn die Wurzeln durch Handschachtung erhalten

versiegelnde Bauvorhaben sind im Kronenbereich unzulässig

Höhenlage baulicher Anlagen

(§ 9 Abs. 2 BauGB)

Die festgesetzten Firsthöhen beziehen sich auf die Höhenlage des Anschlusses der Grundstücke (Achse Grundstückszufahrt) an die Verkehrsfläche (Straßenbegrenzungslinie).

Die Erdgeschoßfußbodenhöhe ist bis zu 0,50 m über der jeweils zugeordneten Verkehrs-

Baumaterialien, Düngemittel usw. dürfen im Kronenbereich nicht gelagert werden

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 LBauO M-V)

Einfriedungen zu den Verkehrsflächen sind nur bis zu einer Höhe von 1 m zulässig.

In allen Baufeldern wird für die Hauptdachfläche der Gebäude eine Dachneigung größergleich 35 bis höchstens 49 Grad festgesetzt. Die Dächer sind mit Dachziegeln / Dachpfannen in roter, brauner, rotbrauner oder schwarzer Farbe zu decken. Garagen, Carports und untergeordnete Nebenanlagen dürfen abweichend von der festgesetzten Dachform und Dachneigung mit Flachdächern errichtet werden.

Planverfasser

Bauleitplanung

Aus archäologischer Sicht sind Funde möglich. Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gem. § 11 DSchG M-V (GVBI. Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14. 01. 1998, S. 12 ff.) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes wie abartiger Geruch, anomale Färbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen, Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle etc.) angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG9 vom 27,09.1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 12.09.1996 (BGBI. I S. 1354) verpflichtet. Er unterliegt der Anzeigepflicht nach § 42 KrW-/AbfG.

VERFAHRENSVERMERKE

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 29.06.1998. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 31. 08. 1998 bis zum 16. 09 1998 erfolgt.

Bentwisch, 17, 07, 2000



Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sowie § 21 Abs. 1 LPIG beteiligt worden.

Bentwisch, 17, 07, 2000

Albrecht

Albrecht

Bürgermeister

Bürgermeister

. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. durchgeführt worden.

Bentwisch, 17, 07, 2000



Bürgermeister

4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom

14. 09. 1998 und 18. 05. 1999 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

5. Die Gemeindevertretung hat am 13. 04. 2000 den Entwurf Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Bentwisch, 17, 07, 2000



6. Die Entwürfe des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung haben in der Zeit vom 24. 05. 2000 bis zum 26. 06. 2000 während der Dienst- und Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, in der Zeit vom 09. 05. 2000 bis zum 24. 05. 2000 durch Aushang, ortsüblich bekanntgemacht worden.

Bentwisch, 17, 07, 2000



7. Der katastermäßige Bestand am 20. 06. 2000 im Geltungsbereich wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1 : 4.874 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Rostock, 14, 07, 2000



8. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 06. 07. 2000-geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Bentwisch, 17. 07. 2000



9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 06. 07. 2000 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 06. 07. 2000 gebilligt.

Bentwisch, 17, 07, 2000



10. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlass des Landrates des Landkreises Bad Doberan vom 15. 09. 2000 Az: II/61/2/010 13051009 B10 mit Auflagen erteilt.

Bentwisch, 23.11.2000



Albrecht Bürgermeister

Albrecht

Albrecht

11. Die Auflagen wurden durch den satzungsändernden Beschluss der Gemeindevertretung vom 09, 11, 2000 erfüllt. Albrecht

Bentwisch, 23, 11, 2000

24.11.2000 in Kraft getreten.



12. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Bentwisch, 23, 11, Zoop

Albrecht Bürgermeister

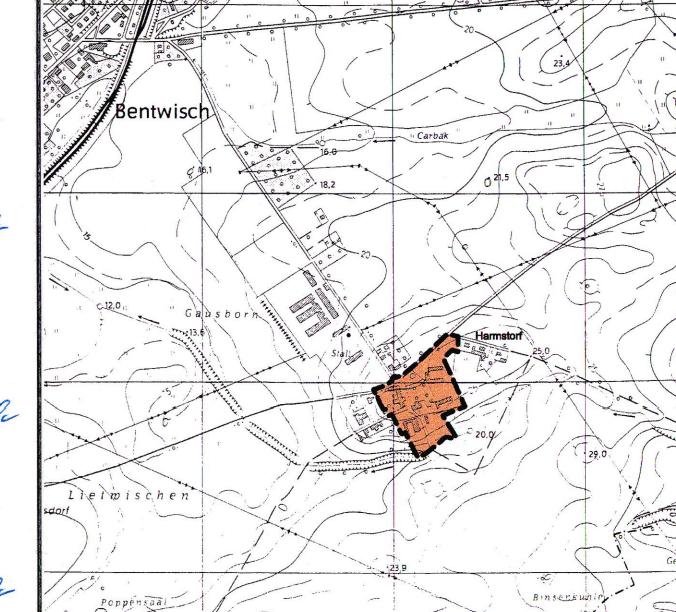
Bürgermeister

Bürgermeister

auf Dauer während der Dienststunden Germann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind in der Zeit vom 24.11.2000.... bis zum Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formverschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am



Übersichtsplan M 1 : 10 000



Bentwisch

Landkreis Bad Doberan Land Mecklenburg - Vorpommern Bebauungsplan Nr. 10

für das Wohngebiet Harmstorf, südlich der Straße zwischen Bentwisch und Albertsdorf und nördlich des Grabens 27/2 (Hühnerbeck) im Ortsteil Harmstor

Bentwisch, 06. 07. 2000





Architektur- und Planungsbüro Dr. Mohr Rostock anungsbüro für Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und Rahmenplanunger Architekt BDA & Stadtplaner SRL & DASL AK M-V 514/15-91-a/d Bearbeiter: Dipl.-Ing. Architekt für Stadtplanung Reinhard BöhmAK M-V 2014-95-3-d

Rosa-Luxemburg-Str. 19, 18055 Rostock, Tel.: 2420821, Fax.: 2420811